

V1101/21

Projektgenehmigung für den Bau der Kammerspiele westlich des Stadttheaters und der Werkstätten südlich des Stadttheaters Ingolstadt
(Referenten: Oberbürgermeister Dr. Scharpf, Herr Engert)

Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung, des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit und des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Arbeit vom 13.12.2021

Die Anträge der Verwaltung V1101/21 und V1104/21 sowie der Ergänzungsantrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN V1132/21 werden gemeinsam behandelt.

Herr Engert gibt einen Überblick über die vorausgegangene, lange und intensive Vorberaterung zur Projektgenehmigung der Kammerspiele sowie der Erweiterung der Werkstätten am Stadttheater. Nach zwei Wettbewerben, in denen der Standort definiert worden sei, habe man mit den Planungen begonnen. In diesen Phasen sei eine intensive Bürgerbeteiligung durchgeführt worden. Das ganze Vorhaben habe man einer tiefgründigen Prüfung und Planung bis Leistungsphase III unterzogen, was bisher noch bei keinem Projekt durchgeführt worden sei. Diese Vorprüfung habe bereits 3 Mio. Euro in Anspruch genommen, ergänzt Herr Engert. Nach seinen Worten habe der Prozess, begleitet von mehreren einstimmigen Beschlüssen des Stadtrates, insgesamt vier Jahre gedauert. Darunter sei auch die Entscheidung gefallen, den Klenzepark als alternativen Standort nicht weiter zu verfolgen. Nach dieser gewissenhaften Vorbereitung sei es nun an der Zeit zu entscheiden, appelliert Herr Engert. Im Fokus der öffentlichen Diskussionen sollen vor allem die Kammerspiele stehen. Über die Notwendigkeit der Werkstätten als kleinere Maßnahme bestehe weitestgehend Konsens. Die Durchführung soll im Umfeld der Sanierung des Theaters erfolgen. Die Gesamtkosten von insgesamt 8,6 Mio Euro mit einem städtischen Anteil von 3,3 Mio. Euro (inklusive der von INKoBau geleisteter Anteil) seien überschaubar. Bei Gesamtkosten von 42,6 Mio. Euro seien die Kammerspiele hingegen das größere und herausgehobenere Projekt. Der gesamtstädtische Anteil inklusive INKoBau liege bei 17,6 Mio. Euro. Werden die von INKoBau über Kapitalaufnahmen beigesteuerten Kosten noch herausgerechnet, würden sich für den städtischen Haushalt für die Jahre 2022 bis 2026 8,2 Mio. Euro ergeben. Pro Haushaltsjahr würde dieser Betrag ca. 2 Mio. Euro bei einer jährlichen Investitionssumme von 45 bis 50 Mio. Euro bedeuten, verdeutlicht Herr Engert. Seiner Meinung nach würde diese Summe im städtischen Haushalt durchaus verarbeitet werden können, auch wenn jede Ausgabe geleistet werden müsse. Weiter fasst Herr Engert die wesentlichen Gründe für die Kammerspiele zusammen. Es sei unstrittig, dass das Stadttheater dringend saniert werden müsse. Dafür bedarf es nach seinen Worten unabweisbar einer Ausweichspielstätte. Das "Kleine Haus" am Brückenkopf sei in einem katastrophalen Zustand und müsse entweder saniert oder durch einen Neubau ersetzt werden. Dazu komme, dass das Kinder- und Jugendtheater nach der Sanierung im jetzigen Haus ungewiss sei. Beim ersten Planungsvorschlag wäre diese Spielstätte entfallen, betont er. All diese Probleme und Punkte würden sich in den nun vorgeschlagenen Kammerspielen lösen lassen. Aufgrund der Zuschüsse wäre ein Neubau mit Sicherheit günstiger als jede provisorische Maßnahme, meint Herr Engert. Das Theater sei ein Ort, den die Stadtgesellschaft brauche. Dies sollen auch die Zahlen bestätigen. Mit den Kammerspielen würde das Ingolstädter Stadttheater in seiner Funktion gestärkt und zukunftsfähig gemacht werden. Die Kultur präge im Wesentlichen das Profil, die Lebensqualität und die Ausstrahlung von Städten. Herr Engert sagt, er sei davon überzeugt, dass Ingolstadt mit den

Kammerspielen entscheidend voran kommen würde. Deshalb hoffe er heute und morgen auf eine gute Entscheidung.

Herr Halbach stellt anhand der Powerpoint-Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, das Projekt der Kammerspiele vor und geht auf folgende Punkte ein: Standort, Lageplan, städtebaulichen Setzung, Konzept der Nachhaltigkeit, Konzept der Gebäudestrukturen und flexible Theaternutzungen. Für blauraum Architekten sei die Platzierung der Kammerspiele an dem Standort neben dem Hämerbau als Theater nach wie vor etwas Besonderes. Es sei die richtige Entscheidung gewesen, diesen Standort anzuschauen und genauer zu untersuchen. Dies liege nicht daran, dass man ein "Brüderchen und Schwesterchen" für den Hämerbau bauen möchte, sondern habe den Grund, weil das Ganze als Ensemble funktioniere würde, so Herr Halbach. Gleichzeitig öffne sich städtebaulich ein Tor der Kultur, welches die Möglichkeit besitze, einen Theatercampus zu bilden, der ein Miteinander zwischen dem Kleinen und dem Großem Haus schaffe. Auch das Thema Nachhaltigkeit habe sich das Architektenbüro blauraum vorgenommen, da dieses Thema für Kulturbauten und Kulturschaffende immer wichtiger werde. Man habe versucht eine hybride Landschaft zu formulieren. Dies bedeute für blauraum ein Ineinanderweben zwischen Stadt und Donaulandschaft, welches die Kammerspiele als hybrides Skulpturgebäude miteinbeziehe. Themen wie Dachbegrünung und Naturdächer sollen durch eine intensive und extensive Begrünung ihren Platz auf dem Plateau des Gebäudes finden. Je weiter man in Richtung Donau gehe, desto grüner werde es. Über Photovoltaikflächen auf dem Dach habe man zusätzlich die Möglichkeit regenerative Energien anzusetzen. Dabei werde auch der Wasserkreislauf berücksichtigt, informiert Herr Halbach. Zisternen, die das Regenwasser über die Dachbegrünung auffangen, sollen dem städtischen Grün zu gute kommen. Außerdem habe man an die Biodiversität gedacht und versucht andere Lebensformen wieder in das Gebäude zu inkludieren. Es soll eine relativ große Grünfassade generiert werden, welche für das Mikroklima zuständig sei. Dafür seien Lebensquartiere und Nistquartiere für einzelne verschiedene Lebensformen angedacht. Insofern dienen die Kammerspiele nicht nur dem Inneren und der Kultur, sondern auch der Nachhaltigkeit, was städtebaulich gesehen einen Mehrwert für die Stadt Ingolstadt darstelle. Weiter geht Herr Halbach auf die Planung der Kammerspiele ein, welches sich über vier Geschosse erstrecke. Die beiden Untergeschosse sollen sich mit ihrem Bestehen im Parkhaus bis zum ersten Obergeschoss nach oben entwickeln. Dies spanne im Prinzip den Theatersaal, die Bühne und das Bühnenlager ein. Das Erdgeschoss sei damit immer wieder ein wiederkehrender Raum und bringe Plateau, Theaterfoyer und die Öffentlichkeit zusammen. Das Konstrukt wandere bis ins Untergeschoss, von wo aus der Theatersaal noch gesehen werden kann. Weiter im ersten Obergeschoss finde man den Durchdruck des Theaters mit dem Saal, die Kammerspiele als Hauptraum und die nächste Probebühne, welche oberhalb des Bühnenbildlagers liege. Die Arbeitsbereiche für die Mitarbeiter der Verwaltung sollen sich längs dem Erdgeschoss entlang dem Saal erstrecken und bis nach oben in das Obergeschoss als vertikale Erschließung reichen. Für das richtige Leben Sorge dann das Theater und die Funktion des Foyers, welches sich in drei Teile gliedere und so einen offenen und transparenten Platz für Jedermann darstelle. Der Eingangsbereich und das Obergeschoss könne für Veranstaltungen sowie Lesungen genutzt werden. Weiter hebt Herr Halbach die Besonderheiten der flexiblen Bühnenthematik hervor. Man habe hier die Möglichkeit auf Nutzung einer Guckakastenbühne, eines Totaltheaters sowie einer klassischen Arenabühne. Alle drei Theaternutzungen seien transparent und demokratisch eingerichtet und vom Foyer aus einsehbar, was den Charakter des Miteinanders zwischen Besucher, Kultur und Kunst widerspiegeln.

Entgegen dem vorgebrachten Argument, die Tiefgarage West könne durch den Bau der Kammerspiele vollständig zerstört werden, widerlegt Herr Fall mittels der Powerpoint-Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, dass dem nicht so sei. Die Eingriffe sollen sich auf den südlichen Bereich der Tiefgarage beschränken. Dies betreffe ca. ein Drittel der gesamten Tiefgarage. Im mittleren Bereich der Tiefgarage gehe es lediglich

um die Ertüchtigung einzelner Stützen. Insofern sei der nördliche Teil der Tiefgarage nicht betroffen. Ziel sei es, möglichst schonend mit dem nördlichen sowie mittleren Teil umzugehen, um eine Nutzung während der Bauzeit gewährleisten zu können. Aufgrund der eingeschränkten Bauhöhe habe man sich dazu entschlossen, im südlichen Bereich der Tiefgarage alles bis auf die Schlitzwand zurück zu bauen. Daraus ergebe sich für INKoBau der Vorteil, wirtschaftlicher bauen zu können, da keine Notabstützungen benötigt werden. Eine neuwertige Tiefgarage in diesem Bereich sei für die Stadt Ingolstadt sowie der IFG Ingolstadt AöR ebenso von Vorteil, da die Tiefgarage ohnehin irgendwann wieder saniert werden müsse, unterstreicht Herr Fall. Einer Sanierung nach Fertigstellung der Kammerspiele könne man dadurch entgegenwirken. Bezüglich der Nutzung des neuen Parkdecks "D" könne man zwischen zwei Möglichkeiten wählen. Entweder man schaffe 25 Stellplätze für Autos oder baue eine Fahrradgarage. INKoBau vertrete die Meinung, dass dieser Platz sehr gut für eine Fahrradgarage geeignet wäre. Nicht nur für Besucher des Theaters, sondern auch für Radfahrer auf der Durchreise. Für die immer hochwertiger werdenden Fahrräder sei eine sichere Abstellmöglichkeit mit vorhandenem Reparaturwerkzeug durchaus sinnvoll. Weiter geht Herr Fall auf das Thema der Freianlagen ein, welche im Rahmen des Projektes enthalten seien. Eine Umgestaltung des gesamten Bereiches bedeute jedoch eine Größenordnung, für die INKoBau nicht prädestiniert sei. Dies sei ein eigenes Projekt, welches Straußenbau, Tiefbau, Entwässerung sowie andere Themen aufgreife. Ein Bau der Kammerspiele könne hierfür ein Anstoß sein. Im Rahmen der Kammerspiele sei dies jedoch nicht mit beplanbar, betont er. Hinsichtlich der Kosten verfüge man über eine sehr gute Kostenberechnung aus der Elektroplanung. Hier sei man sehr detailliert und modellbasiert vorgegangen. Die Kostenberechnung könne auch später für eine Ausschreibungserstellung weiterverwendet werden. Im Preisniveau vom zweiten und dritten Quartal 2021 seien die pandemiebedingten Kostensteigerungen miteinbezogen. Neben Budgetansätzen für die Sanierung der Schlitzwand, der Archäologie oder Kampfmittelbeseitigung seien in den Kosten u.a. der Rückbau der Tiefgarage im südlichen Teil mit knapp 700.000 Euro sowie der Wiederaufbau der Tiefgarage (mit neuen Stellplätzen) mit rund 1,4 Mio. Euro enthalten. Zusätzlich habe man Kosten für die Bühnentechnik, Garderobe, Bestuhlung, Versicherung, rechtliche Begleitung, Bauleitung sowie Kosten unter INKoBau berücksichtigt. Die sehr detaillierte Vorgehensweise verschaffe einen Überblick über die einzelnen Kosten. Das bedeute, dass im Sinne einer Steuerung eine relativ genaue Nachverfolgung von Kostensteigerungen oder Kosteneinsparungen ermöglicht werden könne, so Herr Fall. Bezüglich der Versicherung verfüge man aktuell über eine vorgezogene Berufshaftpflichtversicherung für alle beteiligten Planer, welche bis Baubeginn gültig sei. Diese Versicherungssumme diene lediglich diesem Projekt und sei gegenüber einzelnen Planern deutlich größer. Somit könne ausgeschlossen werden, dass anderweitig ein Schaden entstehe. Die Kosten sollen nach Worten von Herrn Fall bei Genehmigung des Projektes umgelegt werden. Hintergrund sei, diese durch eine Projektversicherung, in der alle Baubeteiligten involviert sein würden, abzulösen. Im Rahmen dieser Versicherung sei im Grunde alles abgedeckt. Es gehe lediglich um Details, welche noch geklärt werden müssen. Mitversichert seien laut Herrn Fall beispielsweise Mietausfälle, die auf Bauwesenschäden beruhen. Eine solche Versicherung schaffe eine sehr gute Sicherheit für den Bauherren. Im Falle eines Schadens müsse man sich nicht um drei verschiedene Versicherungen von Beteiligten kümmern, sondern habe lediglich eine Versicherung zu regeln. Dabei könne der Großteil der Kosten ebenfalls umgelegt werden. Herr Fall kommt zu dem Entschluss, dass das Projekt Kammerspiele in diesem Kostenrahmen, welches gewisse Risiken abdecke, umgesetzt werden könne. Man verfüge über umfassende Unterlagen und sehr detaillierten Baugrundgutachten, wie man sie bei noch keinem Projekt gesehen hat, führt er aus.

Aus der Sicht von Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll würde sich die Debatte über die Kammerspiele allmählich als Stoff für ein Theater eignen. Ein episches Ausmaß habe die Debatte ohnehin, wenn man bedenke, dass der Stadtrat sich mit dieser Thematik seit 2014 bzw. 2015 beschäftige. Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll möchte das Thema eher pragmatisch angehen und noch einmal die Argumente beleuchten. Der Stadtrat habe mit Beschluss vom 18.06.2020 die INKoBau GmbH & Co. KG, auf Basis des vorliegenden

Entwurfs, an dem gegebenen Standort westlich des Theaters, mit der Vergabe der Planungen beauftragt. Die Entscheidung sei damals mit großer Mehrheit gefallen. Inzwischen habe man den ein oder anderen Standort ins Gespräch gebracht, geprüft und letztendlich wieder verworfen. Für die wegfallenden Bäume auf dem Standort soll Ersatz geschafft und entsprechende Ausgleichsmaßnahmen getroffen werden. Damit erfülle man die Nachhaltigkeits- und Umweltthemen. Bezüglich der Parkplätze sei in Absprache mit der IFG Ingolstadt AöR eine Lösung im Sinne der Ausgleichszahlung angedacht. An der Größenordnung dürfe sich ihres Erachtens nichts ändern, so Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Mit den überdachten Abstellmöglichkeiten für Fahrräder würde man einem langjährigen Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger nachkommen können. Die Kosten halten sich im Rahmen der Erwartungen. Bedenken, man gebe vielleicht zu viel Geld für ein Projekt aus, welches nur eine kleine Elite interessiere, könne Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll nicht bestätigen. Kultur und Theater seien wesentliche Faktoren für den Wirtschaftsstandort Ingolstadt. Aktionen wie der "Spielzeiten-Cocktail" im Jahr 2015 haben gezeigt, dass das Theater große Resonanz in breiten Kreisen der Bevölkerung finde, erinnert sie. Trotz anfänglicher Skepsis, ist Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll vom Standort neben den Hämerbau nach der heutigen Präsentation überzeugt. In ihren Augen habe das Areal rund um die Kammerspiele und dem Theater Entwicklungspotenzial. Zudem eigne sich der Bau auch als Element zur Belebung der Innenstadt. In diesem Sinne würde sich Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll freuen, wenn die Vorlage der Verwaltung eine breite Mehrheit im Stadtrat finden könnte, damit das Theaterstück Kammerspiele zu einem Happy End kommen könne.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf erwähnt, dass mehrere Stadtratsfraktionen den Wunsch geäußert haben, kein vorberatendes Votum für die heutige Vorberatung abzugeben, da man dafür die am Abend stattfindenden Fraktionssitzungen nutzen möchte.

Bürgermeisterin Frau Kleine bezieht sich auf den Begriff "Elite", der ihrer Meinung nach in der Diskussion sehr populistisch verwendet werde. Aus eigener Erfahrung mit ihren Kindern und Enkelkindern könne sie belegen, dass die Nachfrage nach Theatervorstellungen in den letzten Jahren nicht nur zugenommen habe, sondern die Vorstellungen auch regelmäßig ausverkauft gewesen sein sollen. Den gesteigerten Bedarf für Kinder und Jugendliche könne das Theater schon lange nicht mehr erfüllen. Zudem müsse das "Kleine Haus" in einen ordentlichen Zustand gebracht werden, um sowohl Schauspielerinnen und Schauspieler als auch den Eltern und Kindern den Aufenthalt als gepflegte Theaterstätte zumuten zu können. Nach Worten von Bürgermeisterin Kleine sollen Familien längst ihre Zustimmung für die jungen Kammerspiele gegeben haben. Mit dem Bau der Kammerspiele würde man den Familien einen lang ersehnten Wunsch erfüllen können, hebt sie hervor.

Kultur sei ein klarer Förderauftrag des Staates, so Stadtrat Schäuble. Deswegen gebe es Fördergelder. Als Kommune teile man den Auftrag, für Kultur zu sorgen. Seit 1965 sei nicht nur die Nachfrage innerhalb der Jugendlichen, Kinder und Ingolstädter gewachsen, sondern auch die Einwohnerzahl. Der Raum für das Kinder- und Jugendtheater sei immer noch der gleiche. Wer Karten für das "Kleine Haus" haben möchte, müsse lange im Voraus buchen, um Karten zu bekommen. Die Nachfrage sei viel höher als das Angebot. Insofern sei es legitim, dieser Nachfrage als Stadt nachzukommen und größere Räumlichkeiten zu schaffen, pflichtet Stadtrat Schäuble bei. In seinen Augen sei diese Investition auch keine Geldverschwendung. Aufgrund der detaillierten Planungen bis Leistungsphase III, verfüge man über ein hohes Maß an Kostensicherheit. Bisher habe Stadtrat Schäuble immer das Gefühl gehabt, dass der Planungsprozess sowohl vom Hochbauamt als auch von der Stadtplanung und INKoBau hochprofessionell betreut werde. Durch die Ersatzspielstätte bekomme der Platz eine nachhaltige Nutzung. Man schaffe eine neue offene Gestaltung als Pfeiler hin zur Donau, welche der Hämerbau nicht biete. Stadtrat Schäuble vertritt die Ansicht, dass all diese Argumente den Verlust von Tiefgaragenstellplätzen und Bäumen überwiegen. Von der FDP-Stadtratsgruppe bekomme die Projektgenehmigung der Kammerspiele eine klare Zustimmung.

Stadträtin Leininger sagt, sie sei über die Darstellung der Kosten bei diesem Projekt begeistert. Die modellbasierte Kostenrechnung, welche kontinuierlich die Massen und den Baufortschritt prüfe, sei etwas Neues. In Zeiten, in denen Steuergelder bewusster eingesetzt werden müssen, sei dies sehr wichtig. Dass öffentliche Bauten zum Schluss hin einfach um die Hälfte teurer werden, so wie es in der Vergangenheit gehandhabt worden sei, könne man den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr zumuten. Dies schade auch der Politik, so Stadträtin Leininger. Deshalb sei es für sie eine große Beruhigung, dass für die Projektgenehmigung der Kammerspiele eine sehr genaue Kostenberechnung vorliege, welche Transparenz und Vertrauen schaffe. Die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüße eine Reduzierung der Stellplätze in der Tiefgarage, um die dafür geplanten Fahrradstellplätze umsetzen zu können. Sie sehen es als notwendig an, dass die Kriterien der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes gegenüber der Kultur gleichermaßen gerecht werden. Für die Bäume und die Grünfläche die dafür entfallen, müsse man einen Ausgleich schaffen. In diesem Zuge erwähnt Stadträtin Leininger den dafür bereits gestellten Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN. Der Ausgleich soll unmittelbar in räumlicher Umgebung oder Nähe stattfinden. Das nördliche Donauufer würde sich gut dafür anbieten, das Altstadtufer ökologisch aufzuwerten und zu gestalten, damit am Schluss nicht nur die Natur, sondern auch die Menschen davon profitieren. Der umstrittene Standort trage zur Attraktivität der Altstadt bei, findet Stadträtin Leininger. In ihren Augen könne an diesem Ort im wahrsten und besten Sinne ein zeitgenössischer Kulturbau entstehen, welchen man in anderen Städten liebt und welche man in der eher kleinräumigen strukturierten Ingolstädter Altstadt noch vermisse. Was den Vorwurf des Elitären betreffe, pflichtet Stadträtin Leininger Bürgermeisterin Frau Kleine bei. Ihrer Meinung nach könne durch den Bau der Kammerspiele ein Bürgertheater mit zeitgenössischer Architektur und Planung entstehen, welches viele Aspekte berücksichtige. Es sei ein Kulturbau für alle Schichten der Bevölkerung. Deshalb erhalte das Projekt Kammerspiele ein uneingeschränktes "Ja" seitens der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90 / DIE GRÜNEN.

Stadtrat Mißbeck sagt, er fühle sich für eine morgige Entscheidung über das Projekt der Kammerspiele nicht ausreichend vorbereitet. Die vorliegenden endgültigen Zahlen habe man erst vor einer Woche übermittelt bekommen. Die Bearbeitung von einer Vielzahl an kurzfristig zugegangenen Daten in Anbetracht der vorausgegangenen langjährigen Diskussion sei ein hoher Anspruch. Zudem seien viele Mitglieder des Stadtrates nebenbei noch berufstätig, weist er daraufhin. Weiter kritisiert Stadtrat Mißbeck, dass die Investitionssumme von 45 Mio. Euro für das Projekt der Kammerspiele und die Summe von 8 Mio. Euro für die Werkstätten, als separate Beschlussvorlagen in der Tagesordnung aufgeführt werden. Dies verschleierte die 8 Mio. Euro, welche dann notwendigerweise auch für die Werkstätten anfallen würden. Stadtrat Mißbeck bezieht sich auf den Wegfall der Parkplätze. Dies verursache in Ingolstadt als Automobilstadt heiße Diskussionen. Die verkehrstechnische Anbindung an das Projekt führe über die Donaubrücke und Tränkstorstraße sowie durch die Schutterstraße. Die unmittelbare immer noch vorhandene Zufahrt zur Tiefgarage zerschneide den geplanten Vorplatz als Theatercampus. Genauso wenig tragen die jahrelang eingefahrenen Verkehrswege, welche vom Verkehr aus dem Süden sowie den angrenzenden Landkreise genutzt werden, nicht zum Image und Ambiente eines Kulturzentrums bei, findet Stadtrat Mißbeck. Vor dem Hintergrund der unvorhersehbaren Kostenexplosion beim MKKD und der unterschiedlichen Meinungen von Fachexperten, tue er sich schwer, dem Projekt der Kammerspiele an diesem Ort Vertrauen zu schenken. Stadtrat Mißbeck betont, dass er ein Befürworter der Kammerspiele sei, jedoch nicht für diesen Standort.

Stadtrat Böttcher stellt in Abrede, ob es wirklich nachhaltig und notwendig sei, eine gewachsene Grünanlage den Kammerspielen zum Opfer fallen zu lassen und für 49 Bäume mit hohem Aufwand eine Ausgleichsfläche zu schaffen. Die 130 Tiefgaragenplätze seien noch vor nicht so langer Zeit saniert worden. Den Worten, dass diese bereits abgeschrieben seien, könne die Stadtratsfraktion der Freien Wähler keinen Glauben schenken, da die Tiefgarage immer noch einen Zeitwert besitze. Das entspreche einen mittleren Wert pro Tiefgaragenplatz von 35.000 Euro und insgesamt einen Wert von 4,5 Mio. Euro. Zudem

seien die Tiefgaragenplätze vor der Corona Pandemie gut ausgelastet gewesen. Man hoffe natürlich auf Zeiten nach der Pandemie, in denen diese für die Altstadt und den Hämerbau wieder benötigt werden und damit auch ausreichend zur Verfügung stehen, so Stadtrat Böttcher. Die neu geschaffenen Tiefgaragenplätze für Fahrräder dürfe man seines Erachtens nicht dagegen rechnen, sondern müsse man hinzurechnen. Er vertritt außerdem die Meinung, dass Radfahrer, die in die Theresien- oder Ludwigstraße zum Einkaufen gehen, ihr Fahrrad so nah wie möglich an das Geschäfte abstellen möchten. Die Tiefgarage werde im besten Fall für einen Theaterbesuch genutzt, unterstreicht er. Insofern können alle vorgebrachten Argumente auch anders betrachtet werden. Stadtrat Böttcher glaubt, man komme mit dem Bau der Kammerspiele am Ende auf 50 Mio. Euro Gesamtkosten. Erfahrene Architekten haben davor gewarnt die Tiefgarage anzupacken, pflichtet er Stadtrat Mißbeck bei. Er könne sich durchaus vorstellen, dass die bis dato einwandfreie Tiefgarage, nach dem Eingriff mit Nachträgen und Schäden am Bestand zu kämpfen habe. In erster Linie stehe für die Stadtratsfraktion Freie Wähler die Herausforderung, das Stadttheater zu sanieren. Hier rechnen sie mit hohen Kosten. Deswegen sei man der Meinung, dass die Kammerspiele zu groß, zu teuer und an falschem Ort seien, führt Stadtrat Böttcher aus.

Stadtrat Dr. Schickel erkundigt sich, in wie weit man die künftigen Nutzer der Kammerspiele in die Planungen miteingebunden habe. Das Jugendparlament habe sich am vergangenen Freitag einstimmig für den Bau der Kammerspiele ausgesprochen, mit der Bedingung, dass die Schulen und insbesondere das Schultheater berücksichtigt werden. An Herrn Engert gewandt, möchte Stadtrat Dr. Schickel wissen, inwiefern die Kammerspiele auch eine Bereicherung für die Ingolstädter Schullandschaft darstelle. Er persönlich würde sich darüber freuen, wenn die Freundschaft zu den Schulen auch weiterhin erhalten bliebe. Bezüglich der Tiefgaragenstellplätze ist Stadtrat Dr. Schickel der Meinung, dass sich die strategische Innenstadtentwicklung nicht in PS, PKW und Tiefgaragenplätzen gestalten lasse.

Auf die Nachfragen von Stadtrat Dr. Schickel antwortet Herr Engert, dass die Nutzer intensiv in die Planungen miteingebunden wurden. Es habe immer Rückkoppelungen gegeben. Die Vorstellungen der Nutzer seien in den Bau- und Planungsgesprächen mit den Architekten abgestimmt worden. Dies bedeute, dass die intensive Zusammenarbeit und die vorliegende Planung sowohl im Interesse der Architekturseite, als auch der Nutzer sei. Was das Kinder- und Jugendtheater betreffe, werden sich nach Worten von Herr Engert die bereits bestehenden Schultheatertage, Jugenspielclubs und Festivals für Kinder und Jugendliche selbstverständlich fortsetzen und sogar verstärken, wenn räumliche Möglichkeiten dafür vorhanden sind. Dies müsse allerdings im Detail zwischen den Schulen und dem Theater sowie weiteren Beteiligten abgestimmt werden.

Die AfD-Stadtratsfraktion schließt sich der Meinung von Stadtrat Mißbeck und Stadtrat Böttcher an, gibt Stadtrat Rehm bekannt. Hauptgrund dafür sei das Thema der Kosten in Verbindung mit den Problemen beim MKKD. Im Interesse der Bürger wolle man sich dieser Gefahr nicht aussetzen. Deshalb werde die AfD-Stadtratsfraktion dem Bau der Kammerspiele nicht zustimmen, so Stadtrat Rehm.

Stadtrat Achhammer sagt, er sei enttäuscht darüber, dass man seitens der Verwaltung keine Antwort auf den gestellten Antrag der CSU-Stadtratsfraktion bekommen habe. Seines Erachtens wäre es sinnvoller gewesen, einige Themen im Aufsichtsrat der INKoBau sowie im Verwaltungsrat der IFG im Vorgriff an die heutige Sitzung zu besprechen. Trotz anfänglicher Skepsis gegenüber den Standort auf der Tiefgarage, glaubt Stadtrat Achhammer, dass man nun auf den richtigen Weg sei. Seine größte Sorge sei gewesen, dass die Kammerspiele an diesem Standort in einem ähnlichem Fiasko enden würden, als es beim MKKD der Fall sei. Er sei froh darüber, dass man sich die Zeit genommen habe, bis Leistungsstufe III vorzudringen. Die heute vorgestellten Unterlagen sowie sein Vertrauen gegenüber Herrn Fall und INKoBau stimmen ihn zuversichtlich. Dem Bau der Kammerspiele könne er nun mit gutem Gewissen zustimmen. An Herrn Fall gewandt, richtet Stadtrat Achhammer einige

bautechnische Fragen und äußerst hierzu seine Bedenken gegenüber der Zufahrt der Fahrradgarage von der Tränktorstraße aus. Seiner Meinung nach sei die Entfernung zur Innenstadt etwas zu groß. Was ihn dagegen positiv stimme, sei die Tatsache, dass die Baumaßnahme ohne einen Projektsteuerer in Angriff genommen werden soll. Was die Archäologie, die Baugrube und das Hundertjährige Hochwasser angehe, mache sich Stadtrat Achhammer aufgrund der ausführlichen Risikoanalyse keine Sorgen. Weiter möchte er in Erfahrung bringen, ob die 1,549 Mio. Euro Entschädigung gegenüber der IFG Ingolstadt AöR, für die entfallenen Stellplätze, in den Kosten enthalten seien. Was den Preisindex für die Jahre 2022 bis 2024 betreffe, komme Stadtrat Achhammer nach seinen Berechnungen auf jährlich sieben Prozent Kostensteigerung. Dies sei seines Erachtens deutlich zu wenig. Stadtrat Achhammer macht darauf aufmerksam, dass der geplante Theatercampus als Stadtraum und urbanitärer Raum nur funktioniere, wenn die Schlosslände und Schutterstraße umgebaut werde. Die Öffentlichkeit müsse ebenfalls darauf hingewiesen werden. Diese Angelegenheit gehöre zwar nicht zum Theater, dürfe in diesem Zuge jedoch nicht vergessen werden, betont er.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf sagt, in erster Linie gehe es darum, eine politische Entscheidung über die Kammerspiele zu treffen. INKoBau sei für die Stadt Ingolstadt ein ausführendes Unternehmen und fungiere hier sozusagen als Auftragnehmer. Deswegen werde das Thema zuerst im Stadtrat und dann im Aufsichtsrat behandelt.

Auf die Nachfragen von Stadtrat Achhammer antwortet Herr Fall, dass die Maßnahmen für die Akustik im Auftrag von blauraum mitberücksichtigt seien. Auf dem Dach seien bis auf die Photovoltaikanlage keine Aufbauten vorgesehen, wobei man hier mit Modulen arbeiten möchte, damit das Ganze gestalterisch eine gute Form annehme. Was die Fahrradgarage betreffe, bestätigt Herr Fall das ein Zugang lediglich von der Tränktorkaserne aus geplant werde. Dabei achte INKoBau auf eine Trennung vom Autoverkehr sowie einen ebenerdigen Zugang. Hierfür gebe es inzwischen relativ viele Fahrradgaragen. In Utrecht zum Beispiel werde die sehr große Fahrradgarage von der Bevölkerung gut angenommen, erwähnt Herr Fall. Weiter geht er auf das Thema der Projektsteuerung ein. Diese sollen nicht im klassischen Stil vergeben werden. Geplant sei, Teilleistungen hinzu zu kaufen. Man lege Wert darauf, in der Bauleitung personellen Zuwachs zu bekommen, um die laufenden Bauprozesse wirtschaftlich gestalten zu können. Das Hundertjährige Hochwasser sei ebenfalls baulich vorgesehen. Archäologie erwarte man nicht. Trotzdem habe man entsprechende Budgets gebildet, sowohl bei den Werkstätten als auch bei den Kammerspielen. Die Werte für die Entschädigung der Tiefgaragenplätze habe man bei der GWG Ingolstadt GmbH erfragt. Bei einem genannten Wert zwischen 25.000 bis 35.000 Euro habe man daraufhin versucht, sich mit der IFG Ingolstadt AöR auf einen Wert zu einigen. Herr Fall ist der Meinung, dass diese Summe für den Zustand der jetzigen Tiefgarage realistisch sei. Dieser Ausgleich sei aktuell nur anteilig in den Baukosten von 700.000 Euro der Tiefgarage enthalten. Der Betrag sei somit in den 42. Mio. Euro inbegriffen. Der Restbetrag würde noch dazu kommen. An der Einfahrt der Tiefgarage sei keine Änderung geplant. Da man 2023 mit dem Bau beginnen möchte, müsse man Ende 2022 auch mit den Ausschreibungen auf dem Markt beginnen. Deshalb ist Herr Fall der Ansicht, dass die Indexierung ausreichend sei. Es sei nicht nur eine lineare Hochrechnung. Der Hintergedanke dabei sei, frei entscheiden zu können, wann man welches Gewerk vergeben möchte, verdeutlicht er. Deswegen dürfe man die Prozentsätze der Kostensteigerungen nicht als fertige Größe verwenden. Die Berechnungen beziehen sich auf das zweite und dritte Quartal 2021, welche ein sehr hohes Preisniveau aufweisen. Herr Fall sehe es nicht als Naturgesetz an, dass die Baupreise immer weiter steigen. Im Baubereich habe es schon andere Zeiten gegeben. Herr Fall glaubt, man sei auf einem sehr guten und sicheren Weg.

Stadtrat Dr. Schuhmann sagt, er sei stolz darauf, dass sich im Jahre 1965 die damalige SPD-Stadtratsfraktion für ein Ensembletheater anstatt einem Bespielungstheater entschieden hat. Ingolstadt habe sich damit, in all diesen Jahren, einen ausgesprochenen guten Ruf

erarbeitet. Vor etlichen Jahren sei dann das Jugendtheater dazu gekommen, welches für den Neubau nicht unwichtig sei. Es sei unstrittig, dass die Sanierung sowohl für den Hämerbau als auch für das bestehende "Kleine Haus" notwendig sei. Es gehe dabei nicht um ein neues Theater, stellt Stadtrat Dr. Schuhmann klar. Die Nachfrage sei immer größer geworden. Dass sich bei der Auslobung des Wettbewerbes alle drei Sieger für einen Standort im Westen des Hämerbaus entschieden haben, sei kein Zufall. In den Augen von Stadtrat Dr. Schuhmann könne an diesem Platz ein Kulturdreieck entstehen, wonach andere Städte Ingolstadt in der Zukunft beneiden werden. Weiter kritisiert er die von der Stadtratsfraktion Freie Wähler ins Leben gerufene Bürgerbeteiligung zu den Kammerspielen. Nach Abstimmungen seitens des Stadtrates einen Bürgerentscheid in die Wege zu leiten, weil man sich vor eventuellen Niederlagen fürchtet, könne das Vertrauen der Bürger in die Kompetenz der Stadratsmitglieder erschüttern, regt Stadtrat Dr. Schuhmann zum Nachdenken an. Seit 2018 liegen Pläne vor. Zu diesem Zeitpunkt hätte man die Bürger befragen können, aber nicht zwei Tage vor der Entscheidung, bemängelt er. Dass sich die Gegnerschaft an Worten wie "Zerstörung und Vernichtung" bediene, was die Grünanlage, die wegfallenden Bäume und die Tiefgarage betreffe, halte Stadtrat Dr. Schuhmann für absolut übertrieben. Seitens der Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll und in der Antwort auf den Bund Naturschutz durch die Stadtbaurätin sei klar dargelegt worden, dass hierfür Ausgleichsmaßnahmen geschaffen werden. Bei dieser Thematik handle es sich um sechs schützenswerte Bäume, die fallen. Fünf davon sollen ohnehin in der Nähe dieses Standortes nachgepflanzt werden, unterstreicht Stadtrat Dr. Schuhmann. Die SPD-Stadtratsfraktion sei vollkommen davon überzeugt, dass dies der richtige Standort sei. Es gehe um den kulturellen Ruf unserer Stadt, appelliert er. So wie Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll wünscht auch er sich eine gute und möglichst nach außen hin wirkende starke Entscheidung des Stadtrates für die Kammerspiele.

Stadträtin Peters spricht ihren Dank und ihr Vertrauen gegenüber den Experten aus. Es sei ein zäher und komplizierter Weg mit vielen Ideen gewesen. Die heute vorgestellten Präsentationen seien in ihren Augen sehr einfach dargestellt. Sie habe alles mehrfach gehört und verstanden, entgegenet sie Stadtrat Mißbeck, der den Vortrag als "Doktorarbeit" betitle. Stadträtin Peters erinnert an die Initiative "Achtung Kultur", die es in Ingolstadt schon mal gegeben haben soll. Nach ihren Worten soll die Initiative Bewusstsein dafür geschaffen haben, wie sehr Kultur immer wieder verteidigt werden müsse. Dass eine Tiefgarage oder Straße verteidigt werden müsse, habe sie noch nie erleben müssen, wobei diese viel mehr Geld kosten, untermauert sie. Man habe damals gemeinsam den Leitsatz "Kultur ist Infrastruktur" beschlossen. Infrastruktur sei sowohl für die Innenstadt als auch für die Region wichtig. Auch als Großstadt habe Ingolstadt die Pflicht für Kultur zu sorgen. Weiter kritisiert Stadträtin Peters das Verfahren der Stadtratsfraktion Freie Wähler gegen den Bau der Kammerspiele. Ein Verzicht auf die Kammerspiele würde bedeuten, dass im Theater das Licht ausgehe. Dieses Szenario sei für sie das Abscheulichste, was sie sich vorstellen könne.

An Stadtrat Böttcher gerichtet, entgegnet Stadtrat Höbusch, dass es in Ingolstadt nicht nur schönes Wetter gebe, um sein Fahrrad vor dem Laden abstellen zu können. Er persönlich habe sich bei dem heutigen Regenwetter einen Stellplatz im Umfang des Neuen Rathauses gesucht, um sein Fahrrad halbswegs trocken abstellen zu können. Eine Fahrradtiefgarage sei genau der richtige Ort, an dem man ein etwas neueres Fahrrad, sicher und trocken abstellen könne. Weiter bemängelt Stadtrat Höbusch die Parole "Wir sprechen für die Bürger/innen". Letztendlich könne man immer mit Bürgerinnen und Bürgern im Gespräch sein, an denen herangetreten werde oder welche an Stadratsmitglieder herantreten. Als Stadtrat jedoch zu reklamieren, man verfüge über das Wissen, was Bürger/innen wollen, sei in seinen Augen übertrieben.

Stadträtin Hagn gibt bekannt, dass die Ausschussgemeinschaft FDP/JU unzweifelhaft für den Bau der Kammerspiele stehe. Gerade dieser Standort sei für sie städtebaulich von höchstem Wert, weil er genau das zusammenbringe, was zusammengehöre. Nämlich die

Altstadt und die Donau. Zu der Frage von Stadtrat Mißbeck, ob man jetzt tatsächlich schon morgen darüber entscheide müsse, antwortet Stadträtin Hagn mit einem eindeutigen "Ja". INKoBau habe seine Hausaufgaben gemacht und gezeigt, dass das Projekt Kammerspiele technisch, baulich und finanziell möglich sei. Deshalb sei es im Dezember 2021 der richtige Augenblick über die Projektgenehmigung zu entscheiden und hoffentlich auch zuzustimmen, führt Stadträtin Hagn aus.

Stadtrat Grob sagt, er möchte nur noch einmal das Meinungsbild der CSU, sowohl von der Fraktion als auch von der Partei aus gesehen, zusammenfassen. Nach seinen Aussagen soll es seitens der CSU niemanden geben, der sich gegen die Kammerspiele ausspreche. Es gebe einige Leute in der Partei und wenige Leute in der Fraktion, welche uneingeschränkt für die Kammerspiele, jedoch nicht uneingeschränkt für den Standort seien. Der überwiegende Teil der Fraktion sei der festen Überzeugung, dass die Kammerspiele gebraucht werden und es auch der richtige Zeitpunkt sei, darüber zu beschließen. Dafür stehe auch Stadtrat Grob. Sollte es bei der Abstimmung vereinzelt zu Gegenstimmen kommen, seien diese nicht gegen die Kammerspiele gerichtet, sondern lediglich gegen den Standort, betont er. Er kenne die finanzielle Situation in Ingolstadt und des Freistaates Bayern. Stadtrat Grob möchte verhindern, dass die Förderungsfähigkeit irgendwann mal herabgestuft werde. Deshalb sollte man seiner Ansicht nach die 75 Prozent förderungsfähigen Kosten bzw. mindestens 50 Prozent zu Buche stehenden Kosten jetzt abrufen. Auch wenn es seitens der CSU-Stadtratsfraktion noch einige große Fragezeichen hinsichtlich der Gründung und Geologie gebe, könne Stadtrat Grob Herrn Fall und allen beteiligten Experten seinen Glauben schenken. Zum Abschluss sei es Stadtrat Grob noch wichtig zu erwähnen, dass dies keine Ersatzspielstätte der oberen 10.000 Euro seien. Dies dürfe nicht so dargestellt werden. Die Kammerspiele sollen einen Veranstaltungsort darstellen, welchen Ingolstadt brauche und der Stadt gut tue. Aus rein betriebswirtschaftlicher Sicht sei es eine Immobilie, die das Vermögen der Stadt durchaus stärken und erhöhe. Eine innerstädtische neu erbaute Immobilie habe seinen Wert und werde auch weiterhin seinen Wert haben. Als Landtagsabgeordneter werde Stadtrat Grob versuchen, jedes Türchen in München zu öffnen, um den einen oder anderen Förderbescheid außerhalb der Kulturförderung, eventuell noch loseisen zu können,.

Stadtrat Süßbauer bezieht sich auf den Redebeitrag von Stadtrat Dr. Schuhmann. Ihm wäre es lieber gewesen, wenn man aus dem Wettbewerb der drei Sieger, welche sich alle drei für diesen Standort entschieden haben, eine Stadtratsauswahl gemacht hätte. Er persönlich hätte sich für Nummer vier ausgesprochen. Stadtrat Süßbauer sagt, er sei absolut für den Bau der Kammerspiele, nur nicht an diesem Ort. Deshalb werde er aus den bereits dargelegten Gründen dagegen stimmen.

Gegen den Vorwurf von Stadtrat Dr. Schuhmann hält Stadtrat Reibenspieß fest, dass eine Bürgerbefragung ein ganz normales legitimes Mittel sei, welches die Stadtratsfraktion Freie Wähler ergriffen habe. Weiter kritisiert er den hervorgebrachten Begriff "Elite" von Stadträtin Leininger. Diesen wolle er von sich weisen. Nach seinen Worten sollen die Freien Wähler in Bezug auf Theaterbesuche nie von einer Elite gesprochen haben.

Stadtrat Köstler trägt vor, dass Stadtrat Over und er eine getrennte Abstimmung zum Bau der Kammerspiele abgeben werden. Stadtrat Over werde dafür stimmen, er dagegen. Stadtrat Köstlers sagt, er sei mit dem Ort nicht zufrieden. Auch die Größe passe für ihn nicht. Für die ursprünglich geplante Ersatzspielstätte, die nach der Übergangszeit das "Kleine Haus" ersetzen soll, sei der Bau zu groß und zu mächtig. In seinen Augen sollen die Kammerspiele keine Konkurrenz für den Hämerbauer darstellen. Wäre Stadtrat Köstler bei dem damaligen Wettbewerb des Standortes dabei gewesen, hätte er versucht mehr Einfluss zu nehmen, was den Standort betreffe. Die Anträge der ÖDP-Stadtratsgruppe haben bis zum Schluss gezeigt, dass man Alternativen prüfen wolle, so Stadtrat Köstler. Bezüglich des Argumentes der Innenstadtbelebung ist er der Meinung, dass auch andere Stadtteile eine Belebung brauchen vertragen könnten. Ein Theater könne auch das Piusviertel oder den Nordosten beleben. Es müsse nicht alles auf die Innenstadt konzentriert werden, betont er. Weiter bezieht sich

Stadtrat Köstler auf die Kostensteigerung seit Juni 2018. Eine Kostenerhöhung von 23 Mio. Euro auf 55 Mio Euro (Kammerspiele, Werkstätten und Tiefgaragenstellplatz) sei deutlich mehr als eine Verdoppelung der Kosten. Dies sei für Stadtrat Köstler ein entscheidender Punkt. Er persönlich habe sich nämlich vor Durchsicht der Unterlagen eine Schwelle von 50 Mio. Euro festgelegt. Man kenne alle Fakten und müsse nicht mehr diskutieren. Letztendlich müsse jeder selbst entscheiden, ob er mit den 55 Mio. Euro zufrieden sei oder nicht.

Stadtrat Pauling schließt sich der Meinung von Stadtrat Köstler an, was den Standort betreffe. Die Linke-Stadtratsfraktion habe eine Dezentralität schon immer sympatisch gefunden. Auch kleinere Spielstätten würden sie bevorzugen. Die Nachfrage nach kleineren Räumen sei höher als die Nachfrage nach großen Bühnen. Vielleicht sei es auch nur ein Trend, aber die Zahlen spreche eine eindeutige Sprache, so Stadtrat Pauling. Zum aktuellen Stand müsse man allerdings sagen, dass andere Standorte leider große Unbekannten haben, welche man im Gegensatz zum jetzigen Standort nicht kenne. Deswegen sei es nicht sicher, dass ein anderer Ort günstiger wäre. Für Stadtrat Pauling mache es zudem finanziell keinen Sinn mehr, jährlich Kosten für kleinere Sanierungen für das Theater auszugeben. Deswegen sei es richtig, jetzt zu entscheiden. Bezüglich der Kostenehrlichkeit pflichtet Stadtrat Pauling Stadträtin Leininger bei, dass eine überraschende Kostensteigerung nach Festlegung eines Festpreises, der Politik schade. Dies sei jedoch kein Naturgesetz, sondern könne statistisch belegt werden. Das Résumé der Wissenschaft laute, dass dies politische Hintergründe habe. Es sei also nicht nur ein Phänomen in Ingolstadt, sondern weltweit. Zum einem werden Kosten gedrückt, um Zustimmung zu erhalten. Zum anderen sei die Politik daran interessiert in bestimmten Bereichen immer nachzurüsten. An Herrn Engert gewandt bittet Stadtrat Pauling darum, den Schlussstrich in der Beschlussvorlage, was Wünsche betreffe, zu respektieren. Hier hofft er auch für Herrn Fall, dass sich dieser nacher aufkommenden Wünschen widersetzen könne, um im Kostenrahmen bleiben zu können. Bezüglich des Klimaschutzes teilt Stadtrat Pauling mit, dass er anders als die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen noch nicht ganz zufrieden sei. Die Ausgleichsflächen allein reichen nicht, um den Zeiten der Klimakrise gerecht zu werden. Es gebe immer noch das Thema der grauen Energie und des Stahlbetons. An Herrn Halbach gerichtet, möchte Stadtrat Pauling in Erfahrung bringen, ob über eine Kompensationszahlung ein Klimaneutralitätslabel an das Gebäude angebracht werden könnte. Nur so könne er mit gutem Gewissen dem Bau der Kammerspiele zustimmen, auch wenn dies eine weitere Kostensteigerung bedeuten würde, von dieser er ohnehin ausgehe. Für Kultur und einem Gebäude, welches das Vermögen von Ingolstadt steigern könne, könne man eine Kostensteigerung vertreten, appelliert er. Für Stadtrat Pauling habe es Priorität, für andere Teile der Welt, aus dem schädlichen Bauen heraus zu kommen.

Herr Prof. Halbach erklärt, dass es grundsätzlich möglich sei, das Gebäude verifizieren zu lassen und wie bereits in einer der Hearings schon erwähnt, werde man Recyclingbeton nehmen, um auch die Graue Energie besser nutzen zu können.

Herr Fall bringt den Vorschlag, dass bei der Vergabe nicht nur der Preis herangezogen werde, sondern auch die Nachhaltigkeitskriterien und man dann ein gewisses Budget bilde. Das bedeute aber nicht, dass es teurer werde, denn es schließe dadurch einen neuen Bieterkreis.

Bürgermeisterin Kleine teilt mit, noch einige Anmerkungen zur Biodiversität und dem Ergänzungsantrag der Grünen habe. Sie empfehle dem Antrag zu zustimmen, da die Baumaßnahmen der Kammerspiele im zeitlichen und räumlichen Zusammenhang Aufwertungsmaßnahmen entlang des Donauufers und dem Umfeld des Stadttheaters für die Biodiversität, die Vernetzung der Auwaldstrukturen und als Klimaanpassungsmaßnahme vorgenommen werden. Die dafür notwendigen Untersuchungen und Maßnahmen zu diesen Themen seien im Rahmen von Städtebauförderungsprogrammen im Zusammenhang mit Zukunft-Stadtgrün umzusetzen, so Bürgermeisterin Kleine. Des Weiteren führt sie bezüglich der Theatersanierung aus, dass es die letzten Jahre nicht gute gelaufen sei mit der

Sanierung des Theaters. Doch nun habe es zwei Qualifizierte Treffen, mit Herrn Fall, mit Herrn Meier von InkoBau und der Stadtbaurätin gegeben und auch der Bund-Naturschutz sei nun mit dem Ergebnis der Gespräche zufrieden. Bürgermeisterin Kleine ist der Meinung, dass die Planung des Gebäudes so sei wie man es sich gewünscht habe, und sie sehr dankbar dafür sei, dass man bei diesem Projekt Innovationstreiber der Kunst und Kultur und Vordenker für die Ökologie und Nachhaltigkeit sei. Des Weiteren bedankt sie sich auch bei der Stadtbaurätin für die schnelle Beschaffung von Städtebauförderungsmittel. Zusammengefasst erläutert sie die konkreten Maßnahmen und den Vorschlag, dass im Umfeld der Kammerspiele sehr schnell mit den Maßnahmen begonnen werden solle, so dass auch die Tierarten sich frühzeitig umorientieren können. Im Bereich des Parkplatzes im Osten sei auch zu überlegen, wie man nach dem Bau der Werkstätten dort den Parkplatz Klimaangepasst umgestalten könne. Die eigentliche große Maßnahme sei allerdings, dass der Stadtpark der Donau, entlang des nördlichen Donauufers als Erholungs- und Erlebnisraum ökologisch aufgewertet werde.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf bedankt sich für die Ergänzungen und die Vorstellung des Ergänzungsantrages und führt aus, dass er als antragstellender Referent den Antrag übernehmen werde und gehe davon aus, dass auch der mittzeichnende Referent Herr Engert den Antrag übernehme.

Herr Engert stimmt dem zu und werde den Antrag übernehmen. Des Weiteren führt er bezüglich der Größe des Gebäudes aus, dass es vor diesem Standort ein Raumprogramm „Ersatz für das kleine Haus“ gegeben habe, an dem sich orientiert worden sei. Bei dem sei man auch geblieben, allerdings mit den Räumen die das Theater in der Stadt angemietet habe, da die Verwaltung in der anbindenden Ludwigstraße untergebracht sei.

Stadtrat Wöhrl ist der Ansicht, dass das die einzige Möglichkeit sei, denn das Theater sei dringen zu sanieren. Auch die CSU habe bezüglich des Untergrundes Bedenken gehabt, doch der Untergrund sei sehr gut untersucht worden. Dennoch stellt er in Frage, ob auch der Untergrund der Werkstätten untersucht worden sei. Stadtrat Wöhrl zeigt sich erfreut darüber, dass die Kammerspiele mit den Werkstätten und verbunden werde und die beiden Spielstätten mit eingebunden werden. Bezüglich der Klimaneutralität ist er der Meinung, dass dies sehr schwierig sein werde, auch wenn man die Energiekosten von 195.000 Euro pro Jahr betrachte. Dennoch werde er für diesen Standort stimmen.

Herr Fall erläutert, dass auch der Untergrund der Werkstätten untersucht worden sei und auch die historischen Unterlagen vom Stadttheaterbau zur Verfügung stehen. Dennoch sei das Thema Archäologie und Kampfmittelberäumung sehr wichtig und dafür seien auch die Budgets gebildet worden, um einen gewissen Puffer zu haben.

Stadtrat De Lapuente denkt, dass es keine bessere Alternative gebe und der Entwurf einstimmig von Jury und Stadtrat beschlossen worden sei. Bezüglich dem Redebeitrag von Stadtrat Böttcher wendet er ein, dass auch vor Corona die Tiefgaragen nicht über 60 Prozent ausgelastet gewesen sein. Bürgerinnen und Bürger erwarten auch, dass das Thema kritisch betrachtet werde und dass keine Millionen durch dieses Projekt in den Sand gesetzt werden. Doch beschließe der Stadtrat das Projekt nicht, seien bereits die ersten 4 Mio. Euro weg. Auch stelle er das Verfahren der Bürgerbeteiligung in Frage. Er bittet für die Kammerspiele zu stimmen.

Stadtrat Stachel bedankt sich bei allen, die sich im Vorfeld für diese Datengrundlage engagiert haben und betont ausdrücklich, dass er das Ganze nicht in fragestelle, doch die einen seien für den Standort und andere nicht. Bezüglich der Bürgerbeteiligung ist er der Meinung, dass dies das richtige Verfahren sei und auch zum richtigen Zeitpunkt durchgeführt worden sei, denn das sei das ureigenste Mittel der Demokratie um Dinge entscheiden zu können. Weiter geht Stadtrat Stachel auf die Flugschrift von Herrn Weber ein, in der von Gesellschaftsspaltung die rede sei. Dies Unterstellung sei nicht in Ordnung, denn die

Demokratie lebe von verschiedenen Meinungen und es sei gute Kultur andere Meinungen im Raum stehen zu lassen und andere Meinungen gelten zu lassen. Ebenfalls kritisiert Stadtrat Stachel, dass Herr Weber seit Wochen Werbung für die Kammerspiele mache, doch wenn die Freien Wähler Plakate aufstellen wolle, dann sei es mit der Genehmigung nicht so einfach bzw. nicht möglich.

Stadträtin Leininger stellt klar, dass ihrer Meinung nach Herr Weber nicht speziell gegen die Freien Wähler in dem von Stadtrat Stachel zitierten Flugschrift geschrieben habe. Sie zitiert den Text von Herrn Weber und merkt an, dass sich dieser Vorwurf nicht auf eine politische Gruppe beziehe. Des Weiteren hebt sie vor, dass die Umfrage der Freien Wähler nichts gebracht habe, denn die Bürgerinnen und Bürgern haben mehrmals ihre Stimme abgeben können.

Stadtrat Werner betont, dass er noch nie eine solch sorgfältig vorbereitet Vorlage bekommen habe. Auch er teilt die Meinung von Stadträtin Leininger bezüglich der Bürgerbeteiligung. Die Freien Wähler haben die Chance gehabt, den Stadtrat mit guten Argumenten zu überzeugen, doch diese seien nicht vorgetragen worden. Seiner Meinung nach, sei der Standort genau richtig. Laut Herrn Engert werde der Haushalt in den nächsten vier bis fünf Jahren mit insgesamt 8 Mio. Euro belastet, doch dies gehe keinen falls zulasten anderer Projekte, es können weiterhin Schulen gebaut und Straßen saniert werden. Stadtrat Werner trägt vor, dass er diesem Projekt mit gutem Gewissen zustimmen werde und er hofft, dass der Stadtrat dies auch tun werde.

Stadtrat Pauling wendet ein, dass es nicht in Ordnung sei, Stadtrat Stachel vorzuwerfen gegen Kultur zu sein, nur weil er gegen den Standort sei. Stadträtin Bulling-Schröter werde auch wie Stadtrat Köstler wahrscheinlich gegen den Standort stimmen, denn sie sei für ein dezentrales Theater im Viertel zu schaffen, um das Theater an die Leute heranbringen zu können, dennoch sei das nicht gegen Kultur.

Stadtrat Lange teilt mit, dass er noch nie eine Entscheidung getroffen habe, die so gut vorbereitet gewesen sei und teilt mit, dass die Mehrheit der SPD-Fraktion dem Bau der Kammerspiele zustimmen werde. Er ist der Meinung, dass es noch nie eine Baumaßnahme gegeben habe, die so intensiv in der Öffentlichkeit diskutiert und von Bürgerinnen und Bürger begleitet worden sei wie diese und Bürgerinnen und Bürger viele Chancen gehabt haben zu diesem Thema Stellung zu nehmen.

Stadtrat Stachel zitiert den Text von Herrn Weber, denn er ist der Meinung, dass Stadträtin Leininger den falschen Ausschnitt rausgesucht habe.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf bedankt sich bei Stadtrat Stachel für die Klarstellung und teilt mit, dass der Antrag zurück in die Fraktionen gehe.

Der Antrag wird zurück in die Fraktionen verwiesen.